

Stenographisches Protokoll.

98. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 26. September 1929.

Inhalt.

Personalien: Urlaube (2785) — Immunitätsangelegenheit Kollmann — Verfassungsausschuß (2785).

Regierungsvorlagen: 1. Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. das Heilquellen- und Kurortegesetz (B. 366);

2. Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. das Telegraphenwegerecht (B. 367);

3. Errichtung einer öffentlichen Hauptschule für Knaben in Gleisdorf (B. 368);

4. Aufhebung der steiermärkischen Landesbürgererschulen in Hartberg, Judenburg, Radkersburg und Voitsberg und Errichtung von öffentlichen Knabenhauptschulen ebendort (B. 369);

5. Vertrag vom 9. Februar 1920 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, den Niederlanden und Schweden über Spitzbergen einschließlich der Väreninsel (B. 370);

6. Strafgesetznovelle 1929 (B. 373);

7. Schutz gegen Nötigung und die Störung von Versammlungen (B. 374) (2785).

Zurückziehung der Regierungsvorlage B. 57 (2785).

Bundesregierung: Mitteilung des Präsidenten, betr. die Demission der Bundesregierung und die Betrauung derselben mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte — Hauptausschuß (2785).

Bericht des Hauptausschusses, betr. die Wahl der Bundesregierung — Berichterstatter Dr. Seipel (2786).

Wahl der Bundesregierung (2786).

Erklärung, betr. die Annahme der Wahl seitens des Vizekanzlers Baugoin (2787).

Unterbrechung der Sitzung (2786).

Eingebracht wurde:

Anfrage: Paulitsch, Grtischacher, Handelsminister, wegen Schädigung der Volkswirtschaft und des Fremdenverkehrs durch die Papierfabrik in Frantschach bei Wolfsberg (153/I).

Verteilt wurden:

Berichte: des Rechnungshofausschusses B. 371, des Finanz- und Budgetausschusses B. 372.

Tagesordnung: Notstandsmaßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues (B. 372).

Tätigkeit des Rechnungshofes und Bundesrechnungsausschusses für 1928 (B. 371).

Präsident Dr. Gürtler eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 40 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 18. Juli als genehmigt.

Birbaumer erhält einen Urlaub bis Ende September, Dr. Riebenböck einen einmonatigen Urlaub.

Das Bezirksgericht Baden ersucht um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Josef Kollmann wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Diese Immunitätsangelegenheit wird dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. das Heilquellen- und Kurortegesetz (B. 366); Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates über das Telegraphenwegerecht (B. 367); Errichtung einer öffentlichen Hauptschule für Knaben in Gleisdorf (B. 368); Aufhebung der steiermärkischen Landesbürgererschulen in Hartberg, Judenburg, Radkersburg und Voitsberg und die Errichtung von öffentlichen Knabenhauptschulen ebendort (B. 369); Vertrag, abgeschlossen von den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, den Niederlanden und Schweden, über Spitzbergen einschließlich der Väreninsel (B. 370); Strafgesetznovelle 1929 (B. 373); Schutz gegen Nötigung und die Störung von Versammlungen (B. 374).

Die Regierungsvorlage, betr. Bekämpfung von Mißbräuchen im Pressewesen (B. 57), wird zurückgezogen.

Präsident: Es ist mir folgendes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers zugekommen (*liest*):

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem an mich gerichteten Schreiben vom 25. September 1929 die Bundesregierung auf Grund der überreichten Demission gemäß Artikel 74, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes vom Amte enthoben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der Fortführung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut.

Hievon beehre ich mich die Mitteilung zu machen.

26. September 1929.

Streeruwitz.“

Diese Zusage werde ich an den Hauptausschuß leiten, damit er über den dem Nationalrat zu erstattenden Vorschlag über die Neuwahl der Bundesregierung beraten und Beschluß fassen kann.

Zu diesem Zwecke unterbreche ich im Einvernehmen mit den Parteien nunmehr die Sitzung bis 6 Uhr abends und lade gleichzeitig die Mitglieder des Hauptausschusses ein, sich um 5 Uhr nachm. im Sitzungszimmer des Hauptausschusses einzufinden. Eine schriftliche Einladung der Mitglieder des Hauptausschusses erfolgt nicht.

Die Sitzung ist unterbrochen. *(Die Sitzung wird um 3 Uhr 45 Min. nachm. unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 6 Uhr 15 Min. abends:)* Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Der Hauptausschuß hat in seiner soeben abgehaltenen Sitzung über den dem Nationalrat zu erstattenden Gesamtvorschlag für die Wahl der Bundesregierung beraten und Beschluß gefaßt. In dieser Beratung wurde auch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Wahl sofort vorgenommen werde.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Wahl der Bundesregierung sofort einleiten. Eine Einwendung wird nicht erhoben.

Ich erteile dem Herrn Abg. Dr. Seipel das Wort zur Erstattung des Berichtes des Hauptausschusses.

Berichterstatte Dr. **Seipel**: Hohes Haus! Der Hauptausschuß hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, es sei dem Nationalrat folgender Gesamtvorschlag für die Wahl der Bundesregierung zu erstatten *(liest)*:

„Der hohe Nationalrat wolle gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes wählen:

den Polizeipräsidenten Johann Schober zum Bundeskanzler,

den Abg. Karl Baugoin zum Vizekanzler,

den Abg. des Oberösterreichischen Landtages Dr. Franz Slama zum Bundesminister für Justiz,

den ordentlichen Universitätsprofessor Dr. Theodor Innitzer zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

den Abg. Florian Födermayr zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den gewesenen Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch zum Bundesminister für Handel und Verkehr,

ferner den Abg. des Kärntner Landtages Ing. Vinzenz Schumy zum Bundesminister nach Artikel 78, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes;

weiter wolle der Nationalrat gemäß Artikel 77 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Bundeskanzler Johann Schober mit der Leitung der Bundesministerien für Unterricht und für Finanzen und den Vizekanzler Karl Baugoin mit der Leitung des Bundesministeriums für Heereswesen betrauen.“

Ich bitte um Annahme dieser Vorschläge.

Bezüglich der vorläufigen Betrauung des Herrn Bundeskanzlers mit der Leitung der Bundesministerien für Unterricht und für Finanzen habe ich dem hohen Hause im Sinne einer Erklärung des Herrn Bundeskanzlers im Hauptausschuße zur Kenntnis zu bringen, daß diese Betrauung als eine zeitweilige zu betrachten ist, die deswegen notwendig wurde, weil der Herr Bundeskanzler in der kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, mit den von ihm für die definitive Besetzung der genannten beiden Ministerien in Aussicht genommenen Persönlichkeiten noch nicht in Verbindung treten konnte.

Präsident: Wünscht jemand zu diesem Vorschlage das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist das nicht der Fall, wir können daher zur Abstimmung schreiten.

Die Wahl der Bundesregierung findet gemäß § 58, lit. C, der Geschäftsordnung in namentlicher Abstimmung statt. Jene Abgeordneten, welche dem Vorschlage zustimmen, werden weiß, auf „Ja“ lautende Stimmzettel, jene, die gegen den Vorschlag stimmen, die rosaroten, auf „Nein“ lautenden Stimmzettel abgeben.

Ich ersuche mit der Einsammlung der Stimmzettel zu beginnen. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Für die Dauer des Skrutiniums unterbreche ich die Sitzung. *(Nach Wiederaufnahme der Sitzung:)*

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 153; die absolute Mehrheit beträgt 77. Für den Antrag, mit „Ja“, haben gestimmt 84, gegen den Antrag, mit „Nein“, 69 Abgeordnete.

Der Antrag des Hauptausschusses ist somit angenommen und die Wahl vollzogen.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Wigner, Ammann, Bauer Franz, Berger, Bichl, Binder, Birbaumer, Brinnich, Buchinger, Burech, Burgstaller, Dersch, Dewaty, Doppler, Dufcher, Erzl, Fahrner, Födermayr, Gangl, Geisler, Geyer, Gierlinger, Grailer, Gritschacher, Gruber, Gürtler Alfred, Gürtler Johann, Hampel, Hartleb, Haneis, Heigl, Heindl, Heisinger, Heuberger, Hofer, Hollersbacher, Hrynischak, Jerzabek, Kern, Klegmayr, Klug, Kneußl, Kolb, Kollmann, Krobeth, Kumschak, Leskovar, Luttenberger, Manhalter, Markschläger, Mataja, Mayrhofer, Melzelt, Paulitsch, Pichler, Prodinge, Raab, Ramek, Rintelen, Schmitz, Schönbauer, Schürff, Schuschnigg, Seipel, Spalowsky, Steiner, Straßner, Striebnig, Tauschitz, Teufel, Thaler, Unterberger, Baugoin, Waber, Wagner, Wais, Weidenhoffer, Wiesmaier, Winklauer, Wollek, Wotawa, Zangel, Zarboch, Zauner;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Abram, Alina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Bosche, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Domes, Duda, Ebner, Eisler, Ederich,

Ellenbogen, Faller, Forstner, Freundlich, Gabriel, Glöckel, Hammerstorfer, Hareter, Hartmann, Hermann, Hohenberg, Hölzl, Horvatek, Hueber, Janicki, Jiricek, Klimberger, Lagner, Lasser, Leuthner, Meißner, Muchitsch, Müller, Müllner, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Probst, Renner, Richter, Rieger, Rösch, Sailer, Scheibin, Schiegl, Schlesinger, Schneeberger, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seiz, Seber, Skaret, Smitska, Stika, Strunz, Tomisch, Tusch, Weiser, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger.

Präsident: Ich richte nunmehr an die gewählten Mitglieder der Bundesregierung die Frage, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen.

Vizekanzler **Baugoin:** Ich bin vom Herrn Bundeskanzler bevollmächtigt, zu erklären, daß sowohl er wie die Regierungsmitglieder die Wahl annehmen. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Freitag, den 27. September, 11 Uhr vorm. Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag des Abg. Buchinger u. Gen. (231/A), betr. Notstandsmaßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues (B. 372);

Bericht und Antrag des Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes (B. 294) und über den Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1928 (B. 371).

Präsident: Ich bin dahin unterrichtet, daß der Herr Bundeskanzler in der morgigen Sitzung vor Eingehen in die Tagesordnung eine Regierungserklärung abgeben wird.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 30 Min. abends.